



## WIRTSCHAFT

# Hängematte für 15.000?

Philipp Achammer, der Landesrat für Wirtschaft und Arbeit, poltert in den sozialen Medien gegen vermeintliche Sozialschmarotzer. Ein Faktencheck.

Im Facebook-Feed des Landesrates für Wirtschaft und Arbeit erscheint am 22. Februar ein Post mit klaren Ansagen: „Wer arbeitsfähig ist, hat kein Recht, sich auf Dauer von der öffentlichen Hand versorgen zu lassen.“ Etwa 15.000 Menschen im Land bezögen Arbeitslosengeld – und das in Zeiten von Fachkräftemangel. Da müsse man jetzt genauer hinschauen.

Aber ganz so einfach, wie es der Landesrat darstellt, ist es nicht.

Wer nach Zahlen zur Arbeitslosigkeit in Südtirol sucht, wird auf zwei verschiedene Größen stoßen: Zum einen ist da die statistische Arbeitslosigkeit, die regelmäßig vom Landesinstitut für Statistik Astat erhoben wird. Dabei wird mithilfe von stichprobenartigen Befragungen die Anzahl jener Personen ermittelt, die in den letzten drei Monaten aktiv nach Arbeit gesucht haben und in den

folgenden zwei Wochen einen Job annehmen würden. Ende letzten Jahres lag diese Zahl bei etwa 4.500 Personen, das entspricht einer Arbeitslosenquote von 1,7 Prozent. Eine der niedrigsten, die je verzeichnet wurde.

Zum anderen ist auch die sogenannte Registerarbeitslosigkeit relevant. Dabei handelt es sich um die Anzahl von Personen, die sich bei den Arbeitsagenturen als arbeitslos gemeldet haben. Im Jahr 2022 waren das im Monat durchschnittlich 15.603 Personen. Die Eintragung in die Arbeitslosenlisten führt dazu, dass man aktiv bei der Arbeitsvermittlung berücksichtigt wird. Sie ist Voraussetzung für den Erhalt des Arbeitslosengeldes, kurz Naspì, das beim Nationalinstitut für Soziale Fürsorge (Inps) beantragt werden muss. Das Inps entscheidet dann nach eigenen Kriterien, wie lange wie viel ausgezahlt wird – und ob überhaupt. Wird die Auszahlung verweigert oder eingestellt, bleibt man trotzdem weiterhin in den Listen der Arbeitsagenturen eingetragen.

Nicht zwingend alle als arbeitslos gemeldeten Personen beziehen also tatsächlich Arbeitslosengeld. Zahlen des Inps zu den effektiven Beziehern

Wer bekommt Arbeitslosengeld in Südtirol: Selbst die Inps hat keine genauen Zahlen.





von Arbeitslosengeld findet man nicht. Auf Nachfrage gibt der Landesrat zu: Die Zahlen zu gemeldeten Arbeitslosen und Beitragsempfängern stimmten nicht exakt überein. Wohl aber lägen sie sehr nahe beieinander, Unstimmigkeiten seien vernachlässigbar.

Das genaue Gegenteil behauptet hingegen das Amt für Arbeitsmarktbeobachtung, das die Daten zur Registerarbeitslosigkeit erhebt. „Ich würde diese Zahlen niemals heranziehen, um die Anzahl der Arbeitslosengeldempfänger zu bestimmen“, stellt ein Mitarbeiter fest. Es gebe deutliche Abweichungen, man könne die beiden Größen nicht gleichsetzen – so wie es Philipp Achammer auf seiner Facebook-Seite gemacht hat.

**Die Verwendung fragwürdiger Zahlen** erregt in den Kommentarspalten keine Aufmerksamkeit. Achammers Aussage erntet vielmehr Zuspruch in Stammtischmanier, obwohl die Realität anders aussieht. Arbeitslosengeld wird in Italien für maximal zwei Jahre gewährt. Zusätzlich wird ab dem sechsten Monat der Betrag jeweils um drei Prozent pro Monat reduziert. Auch der „Reddito di cittadinanza“, der nach dem Willen der Regierung Meloni ohnehin bald auslaufen soll, ist zeitlich auf achtzehn Monate begrenzt.

Philipp Achammer weiß um die zeitlichen Schranken im italienischen Sozialsystem, auch wenn sein Post etwas anderes vermuten lässt: „Der wesentliche Punkt ist, dass Zuwendungen bereits dann gestrichen werden sollen, wenn ein verhältnismäßiges Arbeitsangebot abgelehnt wird.“ Der „Jobs Act“ von Ex-Ministerpräsident Matteo Renzi aus den Jahren 2014/15 sieht genau dies vor. Stefan Perini, Direktor des Arbeitsförderungs-instituts (Afi), sagt: „Alles steht und fällt mit dem Wort verhältnismäßig.“ Von einem Maurer, dem eine auf seine Ausbildung zugeschnittene Stelle in unmittelbarer Nähe angeboten wird, könne man eine Zusage erwarten, aber „niemand darf verlangen, dass ein Maurer aus Bruneck jeden Tag in den Vinschgau pendelt“.

Unter das Lob für Achammers Ansagen mischen sich in den Kommentaren aber auch kritische Stimmen, oft mit Verweisen auf die saisonal Beschäftigten. Diese arbeiten jedes Jahr für einige Monate in der touristischen Hochsaison und überbrücken die restliche Zeit mit Arbeitslosengeld. Es handelt sich also bei ihnen nicht um Arbeitssuchende im klassischen Sinn. Trotzdem melden sie sich, um Arbeitslosengeld zu beziehen, bei den Arbeitsagenturen und fließen somit in die Statistik mit ein. Dies zeigt sich deutlich in den Sommermonaten: Im August waren es 11.000 Arbeitslose gegenüber dem Jahresdurchschnitt von über



Philipp Achammer ist auch Landesrat für Arbeit: Vereinfachte Slogans statt Fakten?

Foto: Alexander Altner

15.000, im tourismusarmen November waren es hingegen mehr als 21.000. Im Jahr 2022 waren im Durchschnitt etwa 40 Prozent der Arbeitslosen seit maximal drei Monaten arbeitslos, etwas weniger waren seit maximal elf Monaten auf Arbeitssuche.

Ist man hingegen seit mindestens zwölf Monaten ohne Beschäftigung, gilt man als Langzeitarbeitsloser. Das betraf 2022 mit 3.750 Personen etwa ein Fünftel aller Arbeitslosen. Afi-Direktor Stefan Perini appelliert vor allem hier an das soziale Gewissen: „Bei den meisten, die mehr als ein Jahr keine Arbeit finden, steckt mehr dahinter als Faulheit: Schicksalsschläge, Abhängigkeit, Depressionen.“ In diesen Fällen brauche es Betreuung und Begleitung, keine Bestrafung.

Landesrat Achammer sieht das ähnlich: Es gehe ihm nur darum, vermittelbaren Personen die Bezüge zu streichen. Das seien nach Schätzungen etwa 60 Prozent der Arbeitslosen. „Diejenigen, die Unterstützung brauchen, haben selbstverständlich Anrecht darauf.“

Das erscheint schon viel versöhnlicher als die scharfen Aussagen auf Facebook. Oder als das „bloße Kopfschütteln“, das der Landesrat für Integration als Antwort für die zwanzig Vereine übrighatte, die sich gegen die jüngst wirksam gewordene Pflicht zum Besuch von Sprachkursen für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger zur Wehr setzten.

Achammer will offensichtlich im Wahljahr bei sozialen Themen entschlossen als Macher auftreten. Und dabei in der medialen Außenwirkung eher vereinfachende Slogans setzen.

Typisch Wahlkampf – oder aber ein Indiz dafür, in welche Richtung seine Partei zukünftig in Sachen Sozialpolitik steuert?

Ivan Guffer